

BAHR-Interview für den "Spiegel"

BAHR-Interview für den "Spiegel"

Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied Bundesgesundheitsminister DANIEL BAHR gab dem "Spiegel" (Montag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellten CORNELIA SCHMERGAL und CHRISTIANE HOFFMANN:
Frage: Herr Bahr, Sie werden in diesen Tagen Vater. Nach der Geburt wollen Sie drei Wochen für das Kind frei nehmen. Warum so kurz?
BAHR: Im Sommer nehme ich drei Wochen keine Termine wahr. Länger geht leider nicht, da ich als Minister und Abgeordneter keine Elternzeit nehmen darf und dann kommt auch noch die Bundestagswahl.
Frage: Heißt das: Erst kommt der Wahlkampf, dann die Familie?
BAHR: Ich kann unser Kind nicht fragen, aber ich bin mir sicher, dass es sich wünscht, dass der Papa Gesundheitsminister bleibt. Das Ministeramt gilt eben rund um die Uhr, das kann man nicht in Teilzeit machen.
Frage: Das liegt doch in Ihrem Ermessen. Ihre Kabinettskollegin Kristina Schröder hat sich nach der Geburt ihrer Tochter 14 Wochen Auszeit genommen.
BAHR: Wenn nicht gerade Wahlen bevorstünden, wäre ich auch lieber länger ausgestiegen. Freiräume werde ich aber nutzen.
Frage: Kann ein Mann es sich in einer Führungsposition erlauben, eine Auszeit für die Familie zu nehmen, ohne gleich als Weichei zu gelten?
BAHR: Das muss möglich sein. Sonst hätten wir gesellschaftlich etwas falsch gemacht.
Frage: Die Realität sieht allerdings anders aus.
BAHR: Leider gibt es nicht immer Verständnis dafür, dass ich offizielle Termine um den errechneten Geburtstermin herum reduziert habe. Manche erwarten im Ernst, dass ich den Geburtstermin wegen irgendeiner Veranstaltung verschiebe - als läge das in meiner Hand.
Frage: Das liegt vielleicht auch an Männern, die das Thema Vaterschaft nicht offensiv genug angehen, so dass sich endlich etwas ändert.
BAHR: Es ist wichtig, dass Politiker mit ihrer Auszeit signalisieren, dass Kinderbetreuung genauso Sache des Mannes wie der Frau ist. Die Rolle des engagierten Vaters ist gesellschaftlich zu wenig anerkannt. Männer haben in der Arbeitswelt mit Vorbehalten zu kämpfen. Ich bekomme viele Briefe von Krankenhausärzten, die in Elternzeit gehen wollen und erleben, dass ihr Arbeitgeber ihren Anspruch nur mit Grummeln akzeptiert. Aber durch die Vätermonate hat sich viel verändert. Immer mehr Väter zeigen, dass Erziehung auch in den ersten Monaten und Jahren nicht nur Aufgabe der Mutter ist.
Frage: Die meisten Männer steigen gerade mal zwei Monate aus.
BAHR: Immerhin. Das war vor einigen Jahren noch nicht üblich. Als Mann kann man aber in den ersten Lebenswochen des Kindes auch wenig selbst tun. Man reicht das Kind, wenn es gestillt wird, und man nimmt es später wieder ab...
Frage: ...uns würden da noch ein paar andere Tätigkeiten einfallen.
BAHR: Klar, die Mutter unterstützen. Ich werde mich um Haushalt und ums Kochen kümmern. Im Leben des Kindes wird es verschiedene Phasen geben. Meine Frau und ich werden unsere Aufgaben teilen.
Frage: Sie sind der erste Minister der jüngeren Generation, der im Amt Vater wird. Ist das Private in diesem Fall auch politisch?
BAHR: Wir versuchen, unsere Privatsphäre zu schützen. Es wird kein Babyfoto und keine Homestorys vom Wickeltisch geben. Aber mir ist klar, dass ich anders wahrgenommen werde, wenn ich Vater bin.
Frage: Wie meinen Sie das?
BAHR: Vor kurzem hat der Vorsitzende des Kinder- und Jugendärzterverbandes der Bundesregierung vorgeworfen, sie kümmere sich nicht genug um Kinder, weil so viele Kabinettsmitglieder kinderlos sind. Auch mein Name wurde genannt. Das hat mich sehr geärgert.
Frage: Hatte er einen wunden Punkt getroffen?
BAHR: Es hat mich geärgert. Es ist eine sehr persönliche Entscheidung, ob und wann man Kinder will. Ich kenne Paare, die seit Jahren vergeblich versuchen, ein Kind zu bekommen. Das kann belastend sein. Man weiß nicht, warum Paare kinderlos bleiben. Deswegen sollte man niemanden verurteilen.
Frage: Machen sich kinderlose Politiker öffentlich angreifbar?
BAHR: Ich habe es damals als politische Diskriminierung empfunden, die Entschuldigung habe ich akzeptiert, die Sache ist erledigt.
Frage: Gibt es in Deutschland eine wachsende Kluft zwischen Familien und Kinderlosen?
BAHR: Es wird oft versucht, diese Kluft künstlich zu erzeugen. Gerade in der Rentenpolitik wird eine Frontstellung zwischen Familien und
Kinderlosen aufgebaut: Durch die Klage, dass Kinderlose davon profitieren, dass andere Leute Kinder großgezogen haben.
Frage: Faktisch stimmt das doch auch.
BAHR: Diese Debatte ist gefährlich. Wir sollten die Menschen und ihre Lebenskonzepte nicht gegeneinander ausspielen. Und: Niemand entscheidet sich für ein Kind, wenn man dafür später mehr Geld erhält. Kinder werden glücklicherweise noch aus Liebe gezeugt.
Frage: Es gibt tatsächlich Eltern, die sich die Frage stellen, ob sie sich noch ein Kind leisten können.
BAHR: Es gibt mit dem Kindergeld, dem Ehegattensplitting oder der kostenfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung umfangreiche finanzielle Unterstützung für Familien. Viel wichtiger ist für junge Familien die Kinderbetreuung. Meiner Frau und mir wurde geraten, wir sollten uns noch vor der Geburt um einen Kitaplatz bemühen. Viele Eltern wollen irgendwann zurück in den Beruf und können das nicht, weil sie keine gute Betreuung finden.
Frage: Ihr Koalitionspartner sieht das bekanntlich anders. In ihrem Wahlprogramm lockt die Union mit finanziellen Wohltaten für Familien.
BAHR: Die Union verfolgt in ihrem Wahlprogramm einen falschen Ansatz. Die Mütterrente kostet Milliarden und belastet die junge Generation durch steigende Beiträge. Niemand plant eine Familie mit dem Taschenrechner, um später eine höhere Rente zu erhalten. Wir müssen jungen Familien jetzt bei der Kinderbetreuung helfen, damit sie Familie und Beruf vereinbaren können. Anstatt das Kindergeld einfach nur zu erhöhen, sollten wir lieber die Milliarden in Infrastruktur und Kinderbetreuung anlegen.
Frage: Sie haben mal den Satz gesagt: "In Deutschland kriegen die Falschen Kinder."
BAHR: Ich habe nur gesagt, dass die Familienpolitik die falschen Anreize setzt, wenn Akademikerinnen kinderlos bleiben, weil Sie ihren Kinderwunsch und ihre Berufsperspektive nicht unter einen Hut bringen können, da die Strukturen falsch sind.
Frage: Das klang trotzdem ziemlich herzlos. Die Union hat es immerhin mit ihrem Wahlprogramm geschafft, sich als Partei der Familien darzustellen. Von der FDP kann man das nicht behaupten.
BAHR: Viele Familien interessieren sich dafür, dass Arbeitsplätze erhalten werden und wie sie ihren Lebensunterhalt verdienen können, um ihren Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Die FDP hat sich in den letzten Jahren auch in der Familienpolitik entwickelt. Dazu haben auch Frauen wie Silvana Koch-Mehrin beigetragen.
Frage: Die steigt gerade aus der Politik aus, unter anderem, weil sie sich mit ihren frauen- und familienpolitischen Positionen in der FDP schlecht aufgehoben fühlte.
BAHR: Das liegt wohl eher an anderen Dingen.
Frage: Mit dem Parteivorsitzenden Philipp Rösler und Ihnen gibt es zwei junge Väter in der Führung der Liberalen. Kommt damit ein Stilwechsel in der Männerpartei FDP?
BAHR: Das kann uns nur gut tun.
Frage: Wer eine Familie gründet, der sorgt sich erst einmal darum, ob bei der Geburt alles gutgehen wird. Wie ist der Gesundheitsminister mit dem Thema Pränataldiagnostik umgegangen?
BAHR: Meine Frau und ich haben die Regeluntersuchungen machen lassen. Die heutige Medizin bietet unglaublich viele Möglichkeiten. Als
Gesundheitsminister sage ich aber klar: Nicht alles, was möglich ist, ist auch notwendig. Das Schöne am Elternwerden und der Geburt ist doch das Natürliche.
Frage: Macht das Sicherheitsstreben in der Schwangerschaft diese Natürlichkeit zunichte?
BAHR: Ja, die Betreuung in der Schwangerschaft kann werdende Eltern sogar verunsichern. Nicht jede Untersuchung die Ärzte anbieten, ist notwendig. Daher rate ich, immer kritisch nachfragen, wenn der Arzt etwas empfiehlt.
Frage: Apropos Natürlichkeit. Für Ihren Terminkalender wäre es doch praktisch, wenn Ihre Frau mit einem geplanten Kaiserschnitt entbindet.
BAHR: Um Gottes willen! Ich möchte keinem vorschreiben, wie er zu leben hat. Aber einen Kaiserschnitt zu machen, wenn es medizinisch nicht angezeigt ist, nur weil es besser in den Terminplan passt, kommt für mich nicht in Frage.
Frage: Wie viel Planbarkeit kommt denn für Sie in Frage? Wollten Sie im Voraus wissen, ob Ihr Kind gesund oder behindert sein wird?
BAHR: Wir haben uns mit dem Gedanken auseinandergesetzt, und wir können uns das Leben mit einem behinderten Kind vorstellen. Ich bin mal gefragt worden, ob ich mir einen Sohn oder eine Tochter wünsche, und habe geantwortet: Hauptsache gesund. Daraufhin bekam ich Zuschriften, die mich nachdenklich gemacht haben: Ein Gesundheitsminister dürfe sich öffentlich kein gesundes Kind wünschen.
Frage: Und? Dürfen Sie?
BAHR: Alle Eltern wünschen sich ein gesundes Kind. Aber ich bin sensibler geworden. Ich wollte mit meinem Wunsch Eltern mit kranken Kindern nicht diskriminieren, im Gegenteil, wir tun viel zur Unterstützung.
Frage: Schätzungen zufolge werden aber neun von zehn Kindern, bei denen das Down Syndrom diagnostiziert wird, abgetrieben. Was sagt das über unsere Gesellschaft aus?
BAHR: Heute ist die medizinische Versorgung von Down-Syndrom-Kindern sehr gut geworden. Niemand muss sich wegen mangelnder Unterstützung gegen ein behindertes Kind entscheiden. Aber ich akzeptiere, dass es Menschen gibt, die sich anders entscheiden. Es ist ihr Recht.
Frage: Hat sich Ihr Blick auf die Präimplantationsdiagnostik als werdender Vater verändert?
BAHR: Nein. Ich war immer dafür, die PID in sehr engen Grenzen zuzulassen. Aber vielleicht kann ich mich jetzt besser in Eltern hineinversetzen, die wegen Erbanlagen schon Tot- oder Fehlgeburten erlebt haben. Insofern fühle ich mich eher bestärkt.
Frage: Kritiker sagen, die PID sei der erste Schritt in Richtung Designerbabies.
BAHR: Die Gefahr sehe ich nicht. Ich habe vor allem die psychische Belastung für betroffene Eltern im Blick. Ich bin auch dafür, die
gesetzlichen Regelungen für künstliche Befruchtung zu ändern. In Deutschland haben wir sehr enge Grenzen für das Einsetzen befruchteter Eizellen.
Frage:

Was schlagen Sie vor?
BAHR: In anderen Ländern ist die Erfolgsquote bei der In-vitro-Fertilisation höher, weil nur entwicklungsfähige befruchtete Eizellen eingesetzt werden.
Frage: Sie sprechen sich für die Selektion von befruchteten Eizellen aus.
BAHR: Es ist für Frauen eine enorme gesundheitliche und für Paare eine psychische Belastung mit mehreren Versuchen zur künstlichen Befruchtung zu
scheitern. Medizinischer Fortschritt darf nicht immer nur verteufelt werden. Wir müssen abwägen, wo er Erleichterung bringt.
Frage: Sie sind Katholik. Hadern Sie bei solchen Forderungen nicht mit Ihrem Gewissen?
BAHR: Ich weiß, dass meine Kirche das anders sieht. Aber ich möchte die Erfüllung des Kinderwunsches erleichtern, wenn der medizinische Fortschritt das möglich macht.
Frage: Die Politik hat die Lage für die Betroffenen doch erschwert. Heute übernehmen die gesetzlichen Kassen nur noch bei drei künstlichen
Befruchtungen die Hälfte der Kosten. Warum zahlen Sie nicht einfach für mehr Versuche?
BAHR: Bevor wir darüber nachdenken, zusätzliche Versuche zu finanzieren, ist es wichtiger, betroffenen Paaren zu helfen, dass die künstliche Befruchtung funktioniert.
Frage: Gibt es ein Recht auf ein Kind?
BAHR: Nein, ebenso wenig wie es das einklagbare Recht auf ein gesundes Kind oder ein Wunschkind gibt. So bitter das klingt: Es ist nicht die alleinige Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, den Kinderwunsch zu finanzieren.
Frage: Sie sind 36. Fühlen Sie sich schon als alter Vater?
BAHR: Nein. Ich habe noch viel Zeit. Ich hab schon jetzt persönlich viel erreicht, da kann ich gelassener sein und muss nicht noch an die Karriere denken.
Frage: Vielleicht haben Sie bald Gelegenheit zu einer ganz langen Auszeit: Wenn Sie nach der Wahl im September nicht mehr Gesundheitsminister sind, werden Sie viel Zeit für den Nachwuchs haben.
BAHR: Ich arbeite daran, wiedergewählt zu werden. Aber ich könnte mir irgendwann nach zehn Jahren als Gesundheitsminister eine Auszeit für Kinder und Familie gut vorstellen.
Frage: Herr Bahr, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozess eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.